



Die Lindenallee nördlich Seeseiten: vor der Fällung und nach Neupflanzung mit Ahornbäumen.

Fotos: Helmut Hermann

Fällungen an der Lindenallee nördlich Seeseiten

Die weitgehende Fällung der rund 100-jährigen Lindenallee nördlich Seeseiten hat unsere Landrätin zu vertreten. Vorweg ging ein Fällantrag der 30 Linden von der Fink'schen Gutsverwaltung, der die Bäume zur Hälfte gehören. Die andere Hälfte gehört der Gemeinde Seeshaupt, die sich dem Antrag anschloss.

Die Allee wurde vor der Umwidmung der ehemaligen Staatstraße in eine Gemeindestraße vor fünf Jahren vom Straßenbauamt nochmals auf Herz und Nieren geprüft und gefährliches Totholz entfernt. Das Gutachten der Fink'schen Gutsverwaltung klassierte nun alle 30 Bäume als verkehrsfährdend ein. Spätestens hier mussten alle Alarmglocken schrillen, weil das innerhalb von 5 Jahren unglaublich ist. Deshalb hat der BUND Naturschutz, zusammen mit der Familie Voormann, zwei Gutachten bei dem hochangesehenen Baumgutachterbüro „Tree Consult“ in Auftrag gegeben. Die beiden Gutachter sind von der IHK München und Oberbayern öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige für Baumpflege, Baumstatik, Wertermittlung. Diese Gutachten bestätigten, dass von den 30 Bäumen keine akute Verkehrsgefährdung ausgeht und mit entsprechenden Sanierungsmaßnahmen die Allee noch viele Jahre zu halten sei. Auch die Untere Naturschutzbehörde sprach sich gegen eine Fällung aus.

Nun stand Gutachten gegen Gutachten: eines von der Gutsverwaltung, das ein fachfremder, lediglich auf Wertgutachten zugelassener Sachverständiger erstellt hat (und von der Materie Verkehrssicherheit nur peripher Bescheid weiß) und unsere

Gutachten, erstellt von anerkannten Fachleuten.

Da die Allee im Landschaftsschutzgebiet liegt, bedarf die Fällung einer Erlaubnis durch das Landratsamt, also letztendlich unserer Landrätin. Und die hat den Däumchen gesenkt! Warum? Das wüssten wir auch gerne, denn es ging lediglich um „normale“ Unterhalts- und Verkehrssicherungskosten, die bei jeder Allee anfallen. Die Fink'sche Gutverwaltung mit Milliarden-Vermögen kann das eigentlich nicht tangieren. Die Gemeinde Seeshaupt als etwa hälftiger Baumeigner tut sich da schon schwerer, und die Vehemenz, mit der Bürgermeister Bernwieser alle Kritiker der Fällung „weggebügelt“ hat, war schon beeindruckend. Zudem war zu diesem Zeitpunkt bereits bekannt, dass im Zuge des Volksbegehrens Artenvielfalt ein genereller Schutz von Alleen festgeschrieben werden sollte.

Von den ehemals 33 Bäumen wurden nach Astbruch eines Baumes sofort drei gefällt, 18 weitere folgten später. Lediglich 12 Bäume sind verblieben. Die gefällten Bäume wurden durch Ahornbäume ersetzt, zwischen den verbliebenen Linden ebenfalls einige Ahorn-Bäume gepflanzt. Man kann sich leicht ausrechnen, dass der Fäll-Antrag für die verbliebenen Bäume in Kürze im Landratsamt landen wird. Die Entfernung altehrwürdiger Bäume im direkten Umfeld des Methusalem-Projektes „Bernrieder Vorsprung“, in das die vergangenen Jahre bereits ein 6-stelliger Betrag zum Erhalt der Artenvielfalt geflossen ist, ist für uns aktive Naturschützer ein Schlag ins Gesicht. Durch die Nach-

pflanzung mit Ahorn anstatt der Linden geht eine wichtige Nektarquelle für die Insekten verloren, da die Linden erst im Juli blühen, wenn die meisten Pflanzen bereits abgeblüht sind. Warum die UNB diese Alternative in ihrem Bescheid zugelassen hat, kann fachlich nicht begründet werden. Bis heute haben wir trotz 4-maliger Nachfrage keine Akteneinsicht bei der UNB erhalten, obwohl wir dieses Recht nach Umweltinformationsgesetz haben. Dass bei dem gesamten Vorgang seitens der Fink'schen Gutsverwaltung ein ehemals hochrangiger Mitarbeiter des Umweltministeriums mit beteiligt war und von dieser Seite auch noch mit einer Klage gegen das Landratsamt gedroht wurde, hat ein „Gschmäcke“. Wir würden uns für die Zukunft wünschen, dass die Einschätzungen von Fachleuten wie hochqualifizierte Gutachter und Fachreferenten bei der UNB mehr Gewicht haben und „politische Entscheidungen“ nur da getroffen werden, wo sie nötig sind. Im Falle der Lindenallee begründete unsere Landrätin ihre Entscheidung mit folgendem Satz: „Ich finde es grandios, wie sie (Anm.: die Naturschutzaktiven) um unsere Natur kämpfen, aber man muss an unseren Straßen immer abwägen, was dient der Sicherheit und was muss weg.“ Dabei wäre es so einfach gewesen – im Sinne der Natur mit Geld und einem Baumpfleger lösbar. Wir sind (wieder mal!) bitter enttäuscht.

Helmut Hermann